

12. XII. 1914.

Abchluß der Wahlrechtsdebatte

Sitzung vom 11. Dezember. (Fortsetzung.)

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Drews.

Abg. Strübel (U. Soz.) fortfahrend: Die Wahlrechtgegner im Innern sind zugleich Imperialisten nach außen. Rußland hat den ersten Schritt zum Frieden getan. An Deutschland ist es, den zweiten Schritt zu tun. Wer glaubt heute noch ernstlich an den Sieg der Entente. Anstatt mit dem Schwerte zu drohen, sollten wir ehrlich um das Vertrauen der Völker der Entente werben. Friede oder Zusammenbruch ist jetzt die Frage für Europa.

Unsere Militärpolitik hat dem deutschen Volke die wahren Absichten der russischen revolutionären Regierung unterzogen. Wir dürfen nicht versuchen, die russische Revolution und das russische Friedensbedürfnis für imperialistische Zwecke auszunutzen, sonst laufen wir Gefahr, daß Rußland sich wieder organisiert und wir im Sommer nicht nur mit den Amerikanern, sondern auch mit den Russen kämpfen müssen. Jetzt hat man den deutschen unabhängigen Sozialdemokraten die Pässe nach Stockholm verweigert, wo sie mit den Bolschewiki in Verbindung treten wollten, da diese Vertreter des deutschen Volkes zu sprechen wünschten. Wenn die Zentralmächte nicht doch noch im letzten Augenblick einen ehrlichen demokratischen Frieden mit dem revolutionären Rußland schließen, dann könnten wir das furchtbare Wort Wallenstein erleben: „Wir werden dieses Kampfes Ende nimmer erleben, dieser Krieg verschlingt uns alle!“ (Lebh. Beifall bei den U. Soz.)

Präsentationsrecht der Industrie.

Abg. Kretzschmar (frk.) tritt dafür ein, daß außer den Handelskammern auch der Industrie ein Präsentationsrecht gegeben werde. Die geeignete Vertretung sei der demnächst ins Leben tretende Industrieverband, der aus dem Zentralverband, dem Bund der Industriellen und dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie gebildet werde. Vor der Einführung des gleichen Wahlrechts zum Landtag müßte es in den Gemeinden eingeführt werden. Die Bitte liehänge mit dem Gedanken der Otkroyierung des gleichen Wahlrechts. Wie würde sie weitem, wenn man an eine Otkroyierung eines ihn nicht genehmigen Wahlrechts denken wollte. Die Drohungen mit dem Eingreifen des Reichstages machen auf uns keinen Eindruck. Preußen hat das allein abzumachen. (Unruhe links. Ruf des Abg. Adolf Hoffmann: Das Volk ist sozusagen auch noch da!) Das Parlament ist seine Vertretung. (Ruf des Abg. Adolf Hoffmann: Das Dreiklassenhaus der Junker und Schoonsteinbarone!) Wir wollen das Volk in seinem Fundament, das im Preußentum liegt, erhalten.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen.

Die Konservativen haben beantragt, die Vorlagen an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern zu überweisen. Ein polnischer Antrag verlangt die Erhöhung auf 35 Mitglieder, damit auch die Polen einen Sitz bekommen. Das Zentrum hat sich erboten, den Polen hin und wieder einen Sitz abzutreten, wenn besondere polnische Fragen erörtert werden.

Die Fortschrittler beantragen, die Wahlrechtsvorlage an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen und ebenso die Herrenhausvorlage an einen besonderen Ausschuß.

Abg. Dr. Pachatz (Fortschr. Bpt.): Auch wir wünschen, daß die Polen einen Sitz im Ausschuß erhalten. Wir haben aber gegen die Zahl von 35 Mitgliedern Bedenken, weil damit das Kräfteverhältnis im Ausschuß verschoben wird. Das kann auf das Schicksal der Vorlage einwirken. Die Zahl 28 bedeutet eine Verlängerung der Beratungen und eine Erleichterung etwaiger Verschleppungsversuche.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Wir sind für 35. Selbstverständlich müssen die Polen einen Sitz haben. Man hätte überhaupt den Ausschuß nicht nach der Stärke der Fraktionen festlegen sollen, sondern nach der Masse der hinter den einzelnen Fraktionen stehenden Wählermassen.

Abg. Hirsch (Soz.): Wir stimmen dem polnischen Antrag zu.

Abg. Schröder-Cassel (ntlb.): Wir sind an und für sich durchaus bereit, den Wünschen der Polen entgegenzukommen und ihnen einen Sitz zuzugestehen.

Abg. Winkler (konf.): Nach diesen Erklärungen gehen wir unsern Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses von 28 Mitgliedern zurück und sind mit 35 Mitgliedern einverstanden.

Abg. Korfauch (Pole) dankt für das Entgegenkommen der Parteien.

Der fortschrittliche Antrag, die Vorlagen an zwei besondere Ausschüsse von 28 Mitgliedern zu verweisen, wird gegen die Stimmen der Antragsteller, der Polen und der beiden sozialdemokratischen Gruppen abgelehnt.

Die drei Verfassungsvorlagen gehen darauf an einen Ausschuß von 35 Mitgliedern.

Der Verkauf von Kunstwerken ins Ausland.

Ein Antrag Dr. Kaufmann (Str.), der von Vertretern aller Parteien unterzeichnet ist, fordert halbtägige Maßregeln, wodurch der Verkauf von Kunstwerken nicht mehr lebender Meister in das Ausland verboten oder durch entsprechende Ausfuhrabgaben erschwert wird.

Abg. Dr. Kaufmann (Str.) begründet den Antrag.

Die Zahl der Kunstversteigerungen hat im Krieg zugenommen, was große Preiserhöhungen mit sich brachte. Das Land ist von zahlreichen Aufläufen durchzogen worden, Möbel, Kunstwerke usw. sind ins neutrale und selbst ins feindliche Ausland gegangen. Auf der Auktion Kaufmann hat die reine Liebe zur Kunst nicht das Szepter geführt. (Sehr richtig!) Bei der letzten Auktion sind wieder sehr viel Werte ins Ausland gekommen. Geht das so fort, wird bis zum Sommer der dritte Teil der Privatkollektionen ins Ausland gegangen sein. Das wäre unerträgliche Verluste. Durch die Valutalenkung ist es dem Ausland möglich geworden, zum halben Preise zu kaufen. Zur Besserung der Valuta sollten Kohle und Eisen den Vorrang vor der Kunst haben. Diese Zustände haben in den Kreisen der wahren Kunstfreunde große Unruhe hervorgerufen. Warum geht die Regierung nicht dagegen vor? Wir wünschen den Erlaß einer Bundesratsverordnung für die Kriegs- und Uebergangszeit, die den gefährlichen Uebelsünden entgegentritt. Wir wollen die Kunstwerke schützen, deren Verbleib für das deutsche Vaterland von öffentlichem Interesse ist. Beim Sammeln muß man zwischen den wahren Sammlern und den Brocken unterscheiden, bei denen das Sammeln von Kunstwerken zum guten Ton gehört, wie der Besitz von Pferden, Autos und Geld. Die Regierung muß unserem Antrage sofort entsprechen.

Die schwindehenden Ergebnisse der Kunstauktionen.

Kultusminister Dr. Schmidt: Den Kunstverständigen Ausschüssen des Vorredners habe ich kaum etwas hinzuzufügen. Die Zustände auf dem Kunstmarkt sind allerdings beunruhigend geworden. Die Kunstauktionen sind zu schwindehenden Ergebnissen gekommen. Ich bin der letzte, der die großen Verdienste unseres Kunsthandels und seine verständnisvolle Mitwirkung bei den Anschaffungen für unsere Museen verkennen wollte. In den letzten dreißig Jahren haben wir sehr viel mehr vom Auslande bezogen als dahin abzugeben. Es erweist sich sehr fraglich, ob wir dauernd ein Kunstausfuhrverbot erlassen sollen. Der Generaldirektor unserer Sammlungen hat nach der Richtung vor

dem Kriege immer abgewinkt. Das steht aber nicht der Tatsache entgegen, daß sich die Zustände im Augenblick höchst bedauerlich für uns entwickelt haben. Die Dinge liegen in allen Bundesstaaten nicht gleich, sie haben sich beispielsweise in Bayern anders entwickelt als bei uns. Man könnte auch daran denken, eine Konvention der wertvollsten Kunstgegenstände vorzunehmen. Ich weiß nicht, ob man dazu übergehen wird, zumal in diesem Hause sehr große Bedenken gegenüber den Beschränkungen des Privateigentums bestehen. Die Frage eines vorläufigen Ausfuhrverbotes bildet seit über einem Jahre Gegenstand der Erwägungen der Regierungen. Ich hoffe, daß diese bald zu einem Abschluß kommen. Kommt es zu einem solchen Verbot, so werden sich bei der Schwierigkeit der Entscheidung Mißgriffe nicht vermeiden lassen. Auch die Valutafrage darf man nicht unterschätzen. Diese ganze Frage kann nur mit großem Ernst, größter Gewissenhaftigkeit und unter Berücksichtigung der Gesamtlage des Vaterlandes beurteilt werden. Die Regierung wird bemüht bleiben, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Wenn das Haus dem Antrage zustimmt, so werde ich das bekräftigen in dem Sinne, daß ich darin einen Beweis für die Wichtigkeit der Auffassung sehe, die ich bisher vertreten habe.

Abg. v. Bülow-Homburg (ntlb.): Wenn auf diesem Gebiete mit Erfolg etwas geschehen soll, so muß man schnell und entschlossen vorgehen. Für die nächste Zeit stehen wieder große Kunstversteigerungen in Aussicht, die von einer solchen Bundesratsverordnung schon getroffen werden müßten.

Der Antrag wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident beräumt die nächste Sitzung auf Mittwoch, 12. Uhr, an, mit der Tagesordnung: Antrag Fuhrmann über Vaterlandspartei und Beamte, Anträge über die Frauenfrage.

Abg. v. Seydebrand (konf.) beantragt, die Anträge über die Frauenfrage zurückzustellen. Wichtiger sei es, die Beamtensteuererhöhungen zu erledigen.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) widerspricht. Die Frauenfragen müssen endlich hier besprochen werden.

Abg. Dr. Porsch (Str.): Die Frauenanträge sollen erst im Januar zur Besprechung gelangen.

Abg. Schröder-Cassel (ntlb.): Viel wichtiger sind die Steuererhöhungen, die wir unbedingt vor Weihnachten erledigen müssen.

Es wird beschlossen, die Anträge über die Frauenfrage abzusetzen.

Schluß 3 Uhr.